



Gemeinsame Erklärung

der Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Freistaates Bayern

und

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft der Republik Österreich

auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft

Die Bäuerinnen und Bauern sind ein unverzichtbarer Grundstein und integraler Bestandteil der europäischen Gesellschaft. Sie versorgen uns zuverlässig mit regionalen und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln sowie dem nachhaltigen Rohstoff Holz und sind Garant für unsere Versorgungs- und Ernährungssicherheit. Sie sorgen für den Erhalt unserer Kulturlandschaft und tragen wesentlich zur Vitalität der ländlichen Räume bei. Gerade durch die traditionelle Landwirtschaft entstand eine Vielzahl an unterschiedlichen Lebensräumen, welche heute einen erheblichen Beitrag zum Natur- und Ressourcenschutz sowie zum Erhalt der biologischen Vielfalt leisten.

Die jüngsten globalen Krisen zeigen, dass unser eingeschlagener Weg in Richtung einer wettbewerbsfähigen, multifunktionalen und flächendeckenden Landwirtschaft auf der Basis bäuerlicher Familienbetriebe solide Rahmenbedingungen für eine resiliente und gesicherte Lebensmittelversorgung vorgibt und deshalb auch künftig erhalten und unterstützt werden soll. Insbesondere sollen unseren Familienbetrieben Zukunftsperspektiven gegeben, der ländliche Raum gestärkt und unsere Vorreiterrolle in den Bereichen des Ressourcen-, Umwelt- und Klimaschutzes weiter ausgebaut werden. Außerdem soll die Landwirtschaft in Berg- und benachteiligten Gebieten weiter abgesichert werden und eine offene Diskussion über den Schutzstatus des Wolfes und anderer großer Raubtiere erlaubt sein.

Im Bestreben, Klimaschutz, Biodiversität und Tierwohl eng mit der Landwirtschaft zu verknüpfen, wurde die Gemeinsame Agrarpolitik weiterentwickelt und als ein probates Zukunftsprogramm für unsere Bäuerinnen und Bauern ausgestaltet, welches die bisherigen Anstrengungen und bewährten Programme fortführt.

Neben der Gemeinsamen Agrarpolitik gibt es zahlreiche andere europäische Initiativen und Strategien, die sich dem Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft widmen und Maßnahmen gegen den Klimawandel setzen. Deren Auswirkungen, insbesondere jene des Green Deals, auf die natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen, auf die Eigenversorgung und auf die regionalen Wirtschaftskreisläufe sollen aber in ihren Folgen bewertet und dann entsprechend berücksichtigt werden. Die von der Europäischen Kommission betonte Bedeutung der strategischen Autonomie der Union und die Produktion in den Mitgliedstaaten sollen jedenfalls gestärkt werden.

Die österreichischen und bayerischen Wälder erfüllen ebenfalls vielfältige Aufgaben über einen multifunktionalen Ansatz. Wertschöpfung durch den Rohstoff Holz, Schutz vor Naturgefahren, Biodiversität und Klimaschutzfunktion sind dabei wichtige Eckpfeiler. Bestehende Zielkonflikte sollen gemeinsam mit der Forstpolitik im Sinne einer aktiven nachhaltigen Waldbewirtschaftung und unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips adressiert werden. Die Reduktion und Substitution fossiler Materialien und Energieträger durch den Rohstoff Holz und die Transformation hin zu nachhaltiger Bioökonomie sind unverzichtbare Beiträge zum Klimaschutz.

Die beiden Seiten sind sich darüber einig, dass die Land- und Forstwirtschaft – soll sie auch zukünftig ihre vielfältigen Leistungen für die gesamte Gesellschaft erbringen – jedenfalls mit jenen Instrumenten auszustatten ist, die es ihr ermöglicht im Rahmen bäuerlicher Familienbetriebe zugleich nachhaltig und wettbewerbsfähig zu agieren. Dabei ist die Versorgungssicherheit mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln sowie die aktive nachhaltige Waldbewirtschaftung und Bereitstellung von nachwachsenden Rohstoffen von zentraler Bedeutung für die EU.

Bayern, am 5. Mai 2023

Michaela Kaniber

Staatsministerin für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
des Freistaates Bayern

Norbert Totschnig

Bundesminister für Land- und
Forstwirtschaft, Regionen und
Wasserwirtschaft
der Republik Österreich